



# NIEDERSCHRIFT

über die 26. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 18.01.2022,

Videokonferenz

Beginn: 17:01

Ende: 18:06



## Anwesenheitsliste

### Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Sophia Maroc

Vertretung für Frau Dr. Heidbreder  
Anwesend ab 17:12

Lea Saßnowski

### CDU

Cyrus Bakhtari

Ralf Eggers

Dr. Andreas Hülsenbeck

Anwesend ab 17:03

Peter Lerch

### SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Anwesend als Gast

Magdalena Schwarzmüller

### FWG

Wolfgang Freiermuth

Christian Gies

### Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

### Die LINKE

Daniel Emmerich

Tobias Schreiner

Anwesend als Gast



FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordnete/r

Alexander Grassmann

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Maren Dern

(Umweltamt)

Matthias Doll

(Umweltamt)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Rechtsamt)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Ricarda Bodenseh

(Presse)

Sandra Diehl

(Presse)

Schriftführer/in

Philipp Anslinger

Entschuldigt



Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Lea Heidbreder

Vertreten durch Frau Maroc



## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Hans Peter Hertel  
Vorlage: 100/343/2021
3. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Dr. Gudrun Hollstein  
Vorlage: 100/345/2021
4. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Karin Leiner  
Vorlage: 100/344/2021
5. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Peter Wollny  
Vorlage: 100/346/2021
6. Einstufung des Beigeordneten  
Vorlage: 110/295/2022
7. Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln im Haushalt 2022 zur Beschaffung von drei Einsatzleitwagen 1 (ein Fahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr Landau und zwei Fahrzeuge für den gemeinsamen Katastrophenschutz)  
Vorlage: 150/042/2022
8. Beschaffung von drei Einsatzleitwagen 1 (ein Fahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr Landau und zwei Fahrzeuge für den gemeinsamen Katastrophenschutz)  
Vorlage: 150/043/2022
9. Verlängerung der verfahrensrechtlichen Steuererleichterungen -für städtische Steuerforderungen gegenüber Unternehmen, insbesondere der Gewerbesteuer, anlässlich der Corona-Krise  
Vorlage: 220/050/2021
10. Sozialökologische Aspekte in Vergabeverfahren, Sachstand und weitere Möglichkeiten  
Vorlage: 350/207/2021
11. Vergabe von Baumersatzpflanzungen im Frühjahr 2022 in Landau in der Pfalz sowie der damit verbundenen Fertigstellungs- und Entwicklungspflege  
Vorlage: 350/208/2021
12. Satzung über die Verlängerung der bestehenden Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes „GS 10, Gewerbegebiet Godramstein Süd“ der Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: 610/695/2021
13. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "C 17 D - Kisselhöfe Herrenbergstraße";



Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: 610/696/2021

14. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner wurden keine Fragen gestellt.





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Hans Peter Hertel

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 22. Dezember 2021, auf welche hingewiesen wird.

**Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat verleiht Herrn Hans Peter Hertel, 76829 Landau in der Pfalz, in Anerkennung seiner Verdienste im sportlichen und kirchlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)**

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Dr. Gudrun Hollstein

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 22. Dezember 2021, auf welche hingewiesen wird.

**Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat verleiht Frau Dr. Gudrun Hollstein, 76829 Landau in der Pfalz, in Anerkennung ihres besonderen sozialen und ehrenamtlichen Engagements die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Karin Leiner

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 22. Dezember 2021, auf welche hingewiesen wird.

**Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat verleiht Frau Karin Leiner, 76891 Bruchweiler-Bärenbach, in Anerkennung ihres besonderen sozialen Engagements die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)**

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Peter Wollny

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 22. Dezember 2021, auf welche hingewiesen wird.

**Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat verleiht Herrn Peter Wollny, 76829 Landau in der Pfalz, in Anerkennung seines besonderen sozialen Engagements die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Einstufung des Beigeordneten

*Herr Beigeordneter Hartmann ist befangen im Sinne des § 22 GemO und nahm nicht an der Beratung teil.*

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Personalabteilung vom 5. Januar 2022, auf welche hingewiesen wird.

Herr Freiermuth erklärte, dass die Freien Wähler von Beginn an gegen die Stelle eines hauptamtlichen Beigeordneten waren und deshalb auch die Höhergruppierung ablehnen werden.

Frau Saßnowski erläuterte, dass die Möglichkeit besteht nach zwei Jahren die Höhergruppierung vorzunehmen. Es gehe dabei nicht um die Person und die politische Meinung, sondern um das Amt und die Arbeit für die Stadt. Bei den anderen Angestellten der Stadt werde dies auch so praktiziert.

Herr Dr. Blinn schloss sich dem Votum der Freien Wähler an. Nur weil es möglich sei die Höhergruppierung vorzunehmen, ist es keine Pflicht dies zu tun. Als Beigeordneter habe man zudem eine Vorbildfunktion. In einer Situation wie der Corona-Pandemie, wo viele Personen finanzielle Verluste erleiden, können man als Politiker nicht noch mehr Geld fordern. Alle anderen hauptamtlichen Beigeordneten und Bürgermeister hätten zudem immer mindestens drei Jahre gewartet. Es sei eine Anstandspflicht noch ein Jahr zu warten und die Höhergruppierung später vorzunehmen.

Frau Dr. Migl empfand den Zeitpunkt als falsch. Zudem sei Herr Hartmann noch sehr jung und man müsse nicht das Maximum herausholen. Es ist eine „Kann“ und keine „Muss“ Bestimmung. Auch gebe es die Haushaltslage nicht her. Herr Hartmann solle noch ein paar Jahre warten. Sie wird die Vorlage ablehnen.

Herr Emmerich sagte, dass eine Ablehnung reine Symbolpolitik sei und er das ablehne. Er wird daher zustimmen.

Frau Saßnowski widersprach den Ausführungen von Frau Dr. Migl. Das Alter spiele keine Rolle, da es um Leistung für die Stadt gehe und nicht um das Alter. Eine solche Diskussion sei unredlich und man mache hier aus einer Formalie ein Politikum.

Frau Schwarzmüller führte aus, dass es nicht um die Person geht, sondern um den Zeitpunkt. Dieser sei unpassend. Andere Mitglieder des Stadtvorstandes hätten auch deutlich länger gewartet.

Frau Dr. Migl wies die Vorwürfe von Frau Saßnowski zurück.

**Der Hauptausschuss beschloss mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen folgenden**

### **Beschlussvorschlag:**

Es wird zugestimmt, dass Herr Beigeordneter **Lukas Hartmann** mit Wirkung vom 1. Februar 2022 in die Besoldungsgruppe B 2 eingestuft wird.





## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln im Haushalt 2022 zur Beschaffung von drei Einsatzleitwagen 1 (ein Fahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr Landau und zwei Fahrzeuge für den gemeinsamen Katastrophenschutz)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Brand- und Katastrophenschutz vom 13. Januar 2022, auf welche hingewiesen wird.

**Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden**

### **Beschlussvorschlag:**

Zur Beschaffung von drei Einsatzleitwagen 1 (ein Fahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr Landau und zwei Fahrzeuge für den gemeinsamen Katastrophenschutz der Stadt Landau in der Pfalz und des Landkreises Südliche Weinstraße) werden bei Produkt 12601/071208 (ein Fahrzeug Freiwillige Feuerwehr Landau) überplanmäßige Mittel im Haushalt 2022 in Höhe von 41.085,74 € bereitgestellt und der bisherige Ansatz auf 191.085,74 € erhöht und beim Produkt 12801/013 (zwei Fahrzeuge gemeinsamer Katastrophenschutz) überplanmäßige Mittel im Haushalt 2022 in Höhe von 19.933,38 € bereitgestellt und der bisherige Ansatz auf 115.933,38 € erhöht. Die Mittel werden im Vorgriff auf die Genehmigung des Haushaltes 2022 bereitgestellt.



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)**

Beschaffung von drei Einsatzleitwagen 1 (ein Fahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr Landau und zwei Fahrzeuge für den gemeinsamen Katastrophenschutz)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Brand- und Katastrophenschutz vom 13. Januar 2022, auf welche hingewiesen wird.

**Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Auftrag zur Lieferung von drei Einsatzleitwagen 1 (ein Fahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr Landau und zwei Fahrzeuge für den gemeinsamen Katastrophenschutz der Stadt Landau in der Pfalz und des Landkreises Südliche Weinstraße), wird an die Firmen Mercedes-Benz AG, Mühlenstraße 30, 10243 Berlin (Fahrgestell) und GSF Sonderfahrzeugbau GmbH, Max-Planck-Straße 9, 49767 Twist (Aufbau) zu den Preisen ihrer Angebote vom 6. Januar 2022 beziehungsweise 17. November 2021 erteilt. Die Auftragssumme beläuft sich auf insgesamt 577.530,51 €. (Fahrgestelle 191.460,00 €, Aufbauten 386.070,51 €).





## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)**

Verlängerung der verfahrensrechtlichen Steuererleichterungen -für städtische Steuerforderungen gegenüber Unternehmen, insbesondere der Gewerbesteuer, anlässlich der Corona-Krise

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Steuerabteilung vom 20. Dezember 2021, auf welche hingewiesen wird. Die Maßnahme werde nicht missbräuchlich behandelt und die Unternehmen bezahlen alle die ausstehenden Steuern.

**Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt,

- a) die Verwaltung zu ermächtigen, Stundungen für städtische Steuerforderungen gegenüber Unternehmen bis zum 30.06.2022 auf schriftlichen Antrag der Steuerpflichtigen bis 250.000,00 Euro im Einzelfall – wie in der Begründung erläutert - zu gewähren.
- b) die Stundungsvoraussetzungen des § 222 der Abgabenordnung (AO) im vereinfachten Stundungsverfahren bis zum 30.06.2022 – wie in der Begründung erläutert - im Rahmen der Einzelfallprüfung anzuwenden.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Sozialökologische Aspekte in Vergabeverfahren, Sachstand und weitere Möglichkeiten

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 17. Januar 2022, auf welche hingewiesen wird.

Herr Hartmann führte den Inhalt der Vorlage weiter aus und ergänzte, dass in den folgenden Jahren weitere Produkte der sozialökologischen Beschaffung in das Vergabeverfahren einfließen werden. Die Mehraufwendungen werden mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt.

Der Vorsitzende erklärte, dass er im Stadtrat schon gegen die Vorgehensweise war, da er mit einem Personalmehrbedarf gerechnet hat und sich dies nun bestätigt. Die Mehraufwendungen sind mit der ADD abzustimmen.

Herr Lerch erklärte, dass bisher schon sehr vieles bei der Vergabe berücksichtigt wird. Es müssen aktuell schon 21 Kriterien bei der Vergabe berücksichtigt werden. Dies sei schon kaum zu leisten. Laut dem SPD Antrag sollen zudem alle Möglichkeiten zur sozialökologischen Beschaffung ausgeschöpft werden. Dies sei nicht umsetzbar. Es sei zwar gut gemeint, weitere Kriterien aufzunehmen, allerdings würde dies zur Überlastung der Vergabestelle führen. Dies sei auch nicht zum Nulltarif zu haben, sondern würde viele Personalressourcen binden und schlussendlich auch viel Geld kosten. Zudem würde dies zur Ausweitung der Bürokratie führen und zwangsläufig auch kleine und mittelständige Unternehmen benachteiligen, da diese von der öffentlichen Vergabe ausgeschlossen werden. Die CDU Fraktion wird sich deshalb enthalten.

Frau Albrecht führte aus, dass es der klare Auftrag des Stadtrates war, alle möglichen Kriterien für eine sozialökologische Beschaffung in das Vergabeverfahren aufzunehmen und diese ab 2022 aktiv einzusetzen. Daher sei man nun sehr verwundert, dass dieser Beschluss aus 2021 nur halbherzig und scheinbar lustlos umgesetzt wurde. Dass die neuen Kriterien Personalbedarf hervorrufen, sei klar gewesen und man hätte dies in den Stellenplan 2022 einbauen müssen. Zudem sei auch nicht alleine das Umweltamt zuständig, sondern viele Bereiche der Verwaltung. Man erwarte, dass die Angelegenheit zur Chefsache gemacht wird und ein Fahrplan vorgelegt wird, wie die sozialökologische Beschaffung aktiv in das Vergabeverfahren eingebunden werden kann. Diesem schlechten Kompromiss in der Verwaltungsvorlage wird die SPD-Fraktion nicht zustimmen.

Frau Follmann fand den Vorschlag der Verwaltung gut und hält auch das schrittweise Vorgehen für sinnvoll. Bisher komme man bei der sozialökologischen Beschaffung nicht wirklich voran und die Verwaltungsvorlage zeigt einen Weg auf den man einschlagen solle.

Herr Freiermuth erklärte, dass Nachhaltigkeit an sich ein gutes und wichtiges Thema sei. Die Vorlage sei bis ins Detail ausgearbeitet und es sei ein großer Aufwand erkennbar. Allerdings schießt diese Vorlage über das Ziel hinaus und führt nur zu mehr Bürokratie. Es gebe jetzt schon Firmen, die sich nicht mehr an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen, da der Verwaltungsaufwand zu groß sei. Ein Herantasten an das Thema sei gut, allerdings dürfe dadurch nicht mehr Bürokratie entstehen.



Frau Dr. Migl stellte fest, dass die Vorlage sehr einseitig gestaltet sei. Es wurden nur die negativen Aspekte herausgearbeitet und nur die Nachteile und der Mehraufwand betont. Die sozialökologische Beschaffung sei allerdings von Vorteil. Daher werde man dieser Art der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Silbernagel führte aus, dass die Vorlage nur zu mehr Bürokratie führt. Man könne in dieser Art und Weise nicht zustimmen.

Der Vorsitzende erklärte, dass er diese Bedenken bereits 2021 geäußert hat. Wenn man das Thema der sozialökologischen Beschaffung voranbringen will, müsse man die Vergabestelle auch entsprechend ausrüsten. Wenn die Vorlage nun abgelehnt wird, stehe man bei diesem Thema wieder am Anfang. Dann müsse sich der Stadtrat erneut dazu äußern, in welcher Form man die sozialökologische Beschaffung in das Vergabeverfahren integrieren will. Mit weniger Aufwand als bisher sei dies nicht möglich.

Herr Hartmann warb dafür das Thema schrittweise anzugehen und das aktuelle Vergabeverfahren nur um ein paar Produkte zu erweitern und nicht um alle möglichen. Der Zeitplan um dieses angestrebte Verfahren umzusetzen war sehr knapp und bis zum Beginn der Haushaltsberatungen im September 2021 zeitlich nicht zu schaffen. Mit der Vorlage wolle man aufzeigen, was bisher schon alles im Vergabeverfahren berücksichtigt wird und welche Möglichkeiten bestehen, dieses Verfahren zu ergänzen. Um bei dem Thema voranzukommen, solle man diese Vorlage bitte beschließen.

Frau Schwarzmüller erklärte, dass man die Vorlage ablehne, da diese zu ungenau und nicht weitreichend genug sei. In einer Stadt, die den Klimanotstand ausgerufen hat darf nicht zögerlich gehandelt werden. Man müsse jetzt handeln und dafür auch finanzielle Mittel aufwenden. In einer Klimakrise muss sofort gehandelt werden. Man verlange eine klare und eindeutige Sitzungsvorlage. Zudem werde man ein Änderungsantrag einbringen.

Herr Emmerich sagte, dass man nicht immer vor finanziellen Mehraufwendungen zurückschrecken darf. Für den Klimaschutz müssen die notwendige Maßnahmen ergriffen werden. Daher werde man der Vorlage zustimmen.

Herr Lerch erklärte, dass Nachhaltigkeit schon ein Kriterium bei der Vergabe ist.

Herr Hartmann erklärte den Unterschied zwischen Klimaschutz und Ökologie. Eine sozialökologische Beschaffung dient nicht zwangsläufig dem Klimaschutz.

**Der Hauptausschuss lehnte den Beschlussvorschlag mehrheitlich bei fünf Zustimmungen und vier Enthaltungen ab.**



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)**

Vergabe von Bauersatzpflanzungen im Frühjahr 2022 in Landau in der Pfalz sowie der damit verbundenen Fertigstellungs- und Entwicklungspflege

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 17. Dezember 2021, welche dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

**Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss stimmt der Vergabe von Ersatzpflanzungen von Bäumen im Frühjahr 2022 in Landau in der Pfalz sowie der damit verbundenen Fertigstellungs- und Entwicklungspflege an die Firma Grün GbR, Wörth-Schaidt, mit einer Auftragssumme in Höhe von 253.060,37 Euro zu. Dazu werden die Haushaltsmittel im Vorgriff auf die Genehmigung des Haushalts 2022 bereitgestellt.



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)**

Satzung über die Verlängerung der bestehenden Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes „GS 10, Gewerbegebiet Godramstein Süd“ der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 25. November 2021, auf welche hingewiesen wird. Der Ortsbeirat Godramstein wird noch vor der Entscheidung im Stadtrat beteiligt.

**Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden**

### **Beschlussvorschlag:**

Der in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage beigefügte Entwurf (Anlage 1) über die Verlängerung der bestehenden Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes „GS 10, Gewerbegebiet Godramstein Süd“ wird als Satzung beschlossen.



### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "C 17 D - Kisselhöfe Herrenbergstraße";  
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 16. Dezember 2021, auf welche hingewiesen wird.

Frau Schwarzmüller begründete ihre persönliche Enthaltung. Sie sei nicht gegen das Bauvorhaben an sich, allerdings lehne sie einen weiteren Supermarkt in Landau ab, da eine Überversorgung bestehe. Die Menschen und die Supermärkte werfen zu viele Lebensmittel weg. Pro Einwohner in Deutschland werden pro Jahr 75 kg. Lebensmittel verschwendet. Daher spricht sie sich gegen einen weiteren Lebensmittelmarkt aus.

**Der Hauptausschuss beschloss einstimmig bei einer Enthaltung nachfolgenden**

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau wird der vorhabenbezogene Bebauungsplan „C 17 D, Kisselhöfe Herrenbergstraße" gemäß § 12 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB aufgestellt. Der Aufstellungsbeschluss wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage des Geltungsbereichs und des Vorentwurfs des Vorhaben- und Erschließungsplanes vorzunehmen.
3. Die Verwaltung wird mit der Vorbereitung des gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB mit dem Vorhabenträger vor Satzungsbeschluss abzuschließenden Durchführungsvertrags beauftragt.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte über den Sachstand zum Thema Geothermie und Lithium. Zum Zeitpunkt der Bauausschusssitzung lag kein Antrag auf eine dritte Bohrung vor. Dieser wurde zwischenzeitlich beim Landesbergamt gestellt. Entsprechend des Auftrags des Stadtrates habe sich der Verwaltung auf die Suche nach einem externen Experten gemacht, welcher die Verwaltung bei diesem Thema fachlich beraten soll.

Frau Dr. Migl fragte nach gezielten Impfaktionen, um niederschwellige Impfangebote zu machen. Besonders in der Birnbachsiedlung habe es viele Coronafälle gegeben. Dort sollte man gezielte Aktionen starten.

Der Vorsitzende nahm keinen Bezug auf spezielle Gebiete in der Stadt und wies darauf hin, dass man in der kommunalen Impfstelle in den nächsten Tagen auch ohne einen Termin geimpft werden könne. Zudem werden weiterhin viele besondere Impfaktionen durchgeführt.



Vorsitzender

Thomas Hirsch

Philipp Anslinger  
Schriftführer